Familienname / Rufname P u t t, Volka
Wohnung:
[redacted]



[redacted] [redacted] Dienstleistungen
ZN Lippstadt GmbH
[redacted]
[59555] Lippstadt

Rückforderung aller von der Firma BRD–Finanzagentur GmbH unberechtigt eingezogenen Steuern / Umsatzsteuer / KfZ-Steuer / Solidaritätsbeiträge, sowie aller indirekt gezahlten Steuern, Untersagung sämtlicher Steuerschenkungen.

c.f./Steuernummer: [[redacted]] Mein Zeichen: [redacted]2018 Datum, [redacted].2018

Sehr geehrte Damen und Herren, Mütter und Väter so wie Kinder eines Menschen
Werte Mitarbeiter der Firma Pro Personal Dienstleistungen ZN Lippstadt GmbH,
(D-U-N-S® Nummer, 340780572)

Ich möchte dieses Schreiben mit diesen paar Zeilen so wie einem Zitat von Papst Leo XIII und Berthold Brecht einleiten aber auch betonen das ich mich in ihrem Unternehmen im Grunde genommen bisher fair und Menschlich behandelt fühlte, da Sie immer versucht haben mir möglichst Heimat nahe einen Job zu vermitteln auch wenn bisher leider keiner zu wirklicher Arbeit geführt hat,
Ich trotz Vollzeittätigkeit lediglich vor mich hin existieren kann ohne mir Persönlich eine gesunde Ernährung, einen Urlaub, Luxusartikel wie ein aktuelles Handy, moderne Multimediageräte oder neuere Anziehsachen leisten zu können geschweige denn Geld für einen Führerschein zurück legen kann während es Menschen gibt die von unserer Illegalen Mafia ReGIERung in das hiesige Land Eingeladen werden und alles Geschenkt bekommen ohne jemals etwas hier dafür getan zu haben, Ich gebe keinem Neuansiedler die Schuld dafür !!!
Es wird der Bevölkerung Jahrzehnte erzählt es wäre kein Geld für beispielsweise unser Gesundheitssystem, unsere Rentner, oder Obdachlosen Mitmenschen da, dabei haben die Krankenkassen Jährlich Rekordgewinne.
Es werden Milliarden aus unserer Rentenkasse und unserem Gesundheitssystem gestohlen in die Wir als Indigene Bevölkerung eingezahlt haben um u.a. Menschen zu bereichern die sich hier Nachweislich Kriminell verhalten und unsere Mitbürger Verletzen, auch bis hin zum Tode.
Mitbürgerinnen Brutal Vergewaltigen, einen Genozid Europas ermöglichen und damit unsere Europäischen Völker gefährden, so wie die Wirtschaft stark destabilisieren (Bsp. Migrationspackt, Hooton Plan, Kalergi Plan).
Unsere ReGIERung zahlt den "Flüchtlingen" einen Heimaturlaub damit diese sich in dem Land Erholen können aus dem Sie geflohen sind aber ist nicht im Stande sog. Gefährder oder abgelehnte Asylanten ab zu schieben weil die Länder dazu zu gefährlich seien ?
Während ich 2€ für eine einfache Busfahrt bezahlen muss um nur bis in die Stadt zu fahren oder etwa 200€ meines Monatlichen Endgeldes dazu einsetzen soll nur um meinen Arbeitsort zu erreichen und um wieder nach Hause zu fahren wobei unsere Einwanderer Kostenlos mit Bus und Bahn fahren dürfen obwohl viele "Fachkräfte" das Arbeiten verweigern?

Ich sehe große Defizite wie Gewissenskonflikte um diesen Wahnsinn "Steuerlich" zu fördern, während unsere einheimischen Obdachlosen Mitmenschen im Winter draußen frieren und Sterben werden für "Einwanderer/Wirtschaftssoldaten" aus Sicheren oder von unserer ReGIERung mit verschuldeten Gefahrengebieten Unterkünfte bereit gestellt , auf Kosten des "Steuerzahlers".

für ein "Deutschland" in dem wir also alle gut und gerne Leben ?.

Zitat:
" Wo unrecht zu Recht wird, wird Wiederstand zur Pflicht "

Wir werden alle nur Verascht, genau so auch Sie !
Ich habe keine Lust mehr auf die Ganzen Lügen, und werde all dies nicht unterstützen !!!
Ich lebe alleine für die Wahrheit so wie für eine Lebenswerte Zukunft,
ebenso für Sie und alle Kinder der Erde.

Dieses Schreiben ist eine zu Recht gestellte Forderung auf Rückzahlung aller unrechtmäßig erhobenen/einbehaltenden/gezahlter bzw. von ihnen an Dritte überwiesene Steuern.

<u>Begründung:</u>
- Vgl. keine gesetzliche Steuerpflicht: 55274/301 BVerfG aus 1955.
- Weitere folgende Rechtsunsicherheiten so wie Gewissenskonflikte.

Keine Justizgewährleistung, sowie kein Recht auf Steuern ohne Pflichterfüllung des effektiv-garantierten Rechtsschutzes für Steuerzahler.

Keine Legitimation Steuern einziehen zu dürfen oder zu können, da es sich bei der
Bundesrepublik Deutschland - Finanzagentur
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
(BRD-Finanzagentur GmbH)
um eine Firma und kein staatliches Organ handelt.
Handelsregisternummer: HRB 51411
USt-IdNr.DE137223325
D-U-N-S® Nummer: 314802591
Geschäftssitz: Lurigiallee. 5 [60439] in Frankfurt am Main
Dr. Tammo Diemer (Geschäftsführer),
Dr. Carsten Lehr (Geschäftsführer).

oder ist es ihnen möglich mir die Gründungsurkunde von "Deutschland" als Gegenbeweis zu erbringen?
Sollte ihnen dies nicht innerhalb von 14 Tagen möglich sein ist ihr Schweigen als konkludente Zustimmung meiner Forderung zu Werten.

Das Rückbehaltungsrecht ergibt sich aus §395 BGB gegen den Bund oder eines Landes.

Mit den erhobenen Steuern werden Menschenrechtsverletzungen gegen Menschen begangen.
Menschenrechtsverletzungen sind permanent-fortgesetzte Straftaten.

Steuern sind Fördermittel, die dem Schenkungsrecht unterliegen.
Ein Schenkungsrecht ist jedoch keine Schenkungspflicht.
Somit Untersage ich dieser Schenkung Ausdrücklich und kann weitere "Steuer" Unterschlagungen nur als Raub deuten.

Ich fordere Netto gleich dem Brutto verdienst für meine geleistete Arbeit, ich möchte keinen falls das Arbeiten verweigern sondern durchaus Schöpferisch aktiv sein.
Allerdings nicht für Sympathisanten der Globalisierung.

Werden meine vorstaatlichen Menschenrechte nicht praktiziert, habe ich keine Veranlassung einem Unrechtsystem etwas schenken zu sollen, wenn diese Schenkungen der Förderung von Kriminalität innerhalb, sowie außerhalb des hiesigen Landes dienen.

Die Angehörigen des hiesigen Landes sind sogar verpflichtet, die Steuern nicht zu zahlen, wenn sie wissen, dass damit die Kriminalität gefördert wird.
Sonst billigt der Steuerzahler belohnend Straftaten (Menschenrechtsverletzungen)
und macht sich selbst strafbar, was ich hier mit ausdrücklich nicht will.

Der Stillstand der Rechtspflege wurde über das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte bereits nachgewiesen.

Jeder Steuerzahler haftet danach auch für die Regierungskriminalität, wenn Steuerzahler damit die Straftaten billigend oder auch unter Zwang fördern, denn Untätigkeit und Unterlassung der Steuerzahlung zur Förderung der Regierungskriminalität schützt nicht vor Strafe oder Haftung.

Da ich nun von entsprechenden Machenschaften weiß, habe ich nicht vor mich strafbar zu machen, indem ich durch Zahlung von Steuern Menschenrechtsverletzung und sonstige kriminellen Handlungen unterstütze.

Der steuerzahlende Bürger wurde und wird mehrfach und mehrdimensional von der BRD-Finanzagentur GmbH bestohlen.

Als Bürger des fortbestehenden Staates Deutsches Reich musste ich entsetzt feststellen, dass die Personen aus den Finanzbehörden, letztlich seit 1990 unberechtigt Steuern eingefordert haben, um unter Missachtung aller gesetzlichen Regeln einen Raub zu legalisieren, und zu Unrecht geforderte Gelder, unter anderem für Kriegshandlungen zu verwenden.

So sieht die rechtliche Betrachtung, nach der im hiesigen Land geltenden Rechtsordnung, wie folgt aus:

1949 – 1976 galt die RAO (Reichsabgabenordnung), ein Gesetz des Deutschen Reiches.

Dieses Gesetz konnte und durfte von der „Zentralverwaltung für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet“ (Art 133 GG) nicht zur Anwendung gebracht werden, da die RAO nur in Verbindung mit Art 84 der Reichsverfassung gültig ist.

Dies im Besonderen, da die RAO ihren Geltungsbereich aus dieser Reichsverfassung bezieht. Damit entfällt für die Bundesrepublik in Deutschland jede Möglichkeit, unter Verwendung der RAO Gelder von den Bürgern in Anspruch zu nehmen.

1977 bis heute gilt nicht die „BRD“ – AO. Ein Werk ohne jeglichen Geltungsbereich ist damit aus Gründen der Rechtsicherheit (Art 20 GG)

r e c h t s u n g ü l t i g.

Daher ist meine Forderung auf Rückzahlung der durch juristische Trickmanipulation geraubten Gelder in vollem Umfang zu erfüllen.

Dies betrifft sowohl alle durch direkte Steuern eingezogenen Gelder,
als auch alle durch p o t e n t i e r t e Steuern widerrechtlich vereinnahmten Gelder, sowie Gebühren.

Die „Regierung“ (Bundestag) ist nur eine Firma
USt-IdNr. DE 122119035, D-U-N-S® Nummer 341611478.
Die Bundesminister haben keinen „Regierungsbereich“, sondern einen Geschäftsbereich mit Geschäftssitz (Platz der Republik.1) und einem Hauptverantwortlichen (Frank-Walter Steinmeier)

Bundeskanzler leiten auch keine „Regierung“, sondern ein Geschäft und der Bundespräsident genehmigt die Geschäftsordnung und nicht die „Regierungsordnung“ unter Besatzungsrecht nach Art. 120, wonach Besatzungskosten bezahlt werden.

Das hiesige Land ist also kein souveräner Staat, sondern eine vereinigte Wirtschafts- und Verwaltungseinheit, wo die Bürger keine Staatsbürger, sondern nur Personal sind (Personalausweis).

Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des „Bundesverfassungsgerichts“, an welcher der Senat festhält.

Das Deutsche Reich existiert fort (BVerfGE 2, 266 [277]; 3, 288 [319 f.]; 5, 85 [126]; 6, 309 [336, 363])

Hieraus ergibt sich, dass die Bundesrepublik von 1949 auch kein Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches sein kann. An dieser Ordnung änderte sich auch 1990 mit dem Überleitungsvertrag nichts, weil es auch zu diesem Zeitpunkt keine Volksabstimmung über die Einsetzung einer gesamtdeutschen Verfassung gab oder geben sollte.

Inzwischen sind Banken, sämtliche Ämter, Gemeinden und Städte (Frankfurt, München…) privatisiert worden. Die Arbeitslosen heißen Kunden, weil sie Kunden der Firma JobCenter sind und müssen vor den Sozialgerichten gegen eine private Körperschaft klagen.

Es ist nach negativem Verlauf mit Fortsetzung von Menschenrechtsverletzungen nunmehr davon auszugehen, dass Ihre Mitarbeiter die Geschichte dieses Landes, die Gesetze und ihre Dienstvorschriften nicht kennen.

Ausdrücklicher Hinweis: Sie tragen für die Rechtmäßigkeit Ihrer Forderungen hinsichtlich der Haftungsfolgen die volle persönliche Verantwortung, weil sie nicht als Beamte, sondern als Privatpersonen handeln, bei Pro [redacted]l,
(D-U-N-S® Nummer, 3407[redacted]) (Handelsregisternummer HRA 3[redacted]3) (Handelsregisternummer HRB 5[redacted])
so wie die BRD-Finanzagentur GmbH eine private Firma ist.
(Handelsregisternummer HRB [redacted]11) (USt-IdNr. DE13[redacted]25)
Genau wie das Finanzamt Lippstadt, finanzverwaltung.NRW.

Die Rückerstattung der von ihnen unrechtmäßig eingeforderten Steuern und Gebühren (direkte wie auch indirekte) haben durch Bankverrechnungsscheck an den Ihnen bekannten Empfangsbevollmächtigten :P u t t, Volka: zu erfolgen.
Ebenso weitere Zahlungen falls Sie mich wegen meiner Einstellung nicht Diskriminieren und weiterhin beschäftigen sollten, was ich mir wünschen würde.

Das Konto der Juristischen Person VOLKA PUTT dessen Begünstigter ich bin möchte ich aus Gewissenskonflikten zum Geldsystem und der Bankenmafia Kündigen.

Für die Abwicklung der Erstattung ist gem. §§ 179,823,826,830,839 BGB die gesetzliche Frist von 21 Tagen geboten.

Bei Nichteinhaltung der gesetzlichen Frist erfolgt nach Ablauf ohne nochmalige Erinnerung an Ihre Erstattungsverpflichtung Strafantrag bei einem ordentlichen europäischen Gericht gegen die Geschäftsführer auf der Grundlage der geltenden europäischen Rechtsordnung, somit auf völkerrechtlicher Grundlage in Verbindung mit dem geltenden Völkerstrafrecht gegen Sie als Privatpersonen.

Lippstadt der,??.???.2018…………………………………………….
Autograph; P u t t, Volka

P.s: Alle Informationen sind im Internet zu finden www.gidf.de
Auf folgende möchte ich allerdings mal Aufmerksam machen,
https://archiv.bundesregierung.de/archiv-de/europapreis-fuer-die-bundeskanzlerin-418208
Ich bitte Sie sich das durch zu lesen, zu Hinterfragen und zu verstehen was hier tatsächlich los ist.
Es geht nicht nur um uns alle in Europa sondern auch um die Zukunft unserer Kinder.

Ich habe Angst !